

Interpellation Fraktion AL/GPB-DA/PdA+ (Christa Ammann, AL): Rassistische Diskriminierung und Racial Profiling in der Stadt Bern

Sowohl die ECRI (europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz) als Organ des Europarates sowie das CERD (Committee on the Elimination of Racial Discrimination) als Organ der UNO stellen in ihren Berichten aus dem Jahr 2014¹ fest, dass in der Schweiz noch zu wenig gegen Racial Profiling und rassistische Diskriminierung gemacht wird und geben auch konkrete Empfehlungen ab, wie die Situation verbessert werden könnte.

Auch im Jahresbericht 2014 des Beratungsnetzes für Rassismuskritiker² und im Migrant Integration Policy Index (Mipex) 2015³ wird das Racial Profiling in der Schweiz als explizites Problem genannt. Obwohl die Massnahmen gegen „Racial Profiling“ schon in älteren Berichten als ungenügend taxiert worden sind, wurde dem Thema von der Stadt Bern weder im früheren „Aktionsplan gegen Rassismus“ noch im aktuellen Leitbild „Integration konkret 2014-2017“ ein Kapitel gewidmet.

Im Rahmen der Aktionswoche gegen Rassismus in Bern fanden mehrere Veranstaltungen zum Thema statt. Einerseits fand der Vortrag „Polizei und Rassismus: Racial Profiling im öffentlichen Raum“ statt, andererseits wurde das Theater „Mohrenkopf im Weissenhof“ aufgeführt, welches von einem „stark pigmentierte(n) Mann, der als Pendler auf dem Arbeitsweg öfters kontrolliert wird, ohne dass ein konkreter Verdacht für eine Straftat besteht“, erzählt. Diese Veranstaltungen, sowie die gesamte Aktionswoche richten sich primär an die Zivilbevölkerung und sollen diese sensibilisieren.

Interessieren würde die Interpellantin hingegen auch, was von Seiten der Stadt konkret gegen Racial Profiling gemacht und wie überprüft wird, dass von Verwaltungsmitarbeitenden und von Organisationen, welche einen Leistungsvertrag mit der Stadt Bern haben, kein Racial Profiling betrieben wird und was mögliche Konsequenzen bei Vorkommnissen/Verstössen sind. Da der Interpellantin insbesondere Verstösse von der Polizei bekannt sind, wird bei den VertragspartnerInnen auf die Situation mit der Kantonspolizei eingegangen.

Der Gemeinderat wird gebeten, folgende Fragen zu beantworten:

1. Grundsätzliches:

- 1.1. Damit bei der Debatte alle von derselben Definition ausgehen können: Auf welche Definition von Rassismus und welche Definition von Racial Profiling stützt sich der Gemeinderat zur Beantwortung der folgenden Fragen?
- 1.2. Sieht der Gemeinderat zum Thema Racial Profiling einen Handlungsbedarf?
 - a) Wenn Ja, wo und welche konkreten Massnahmen können auf städtischer Ebene ergriffen werden?
 - b) Wenn Ja, welche bestehenden Zusammenarbeiten (bspw. ggfon) könnten wie ausgebaut oder bekannter gemacht werden?
 - c) Was unternimmt die Stadt, damit Betroffene von Racial Profiling ihre Rechte kennen und wissen, an welche Stellen sie sich wenden können?
- 1.3. Sowohl CERD wie auch ECRI bemängeln die Abwesenheit von reliablen Daten zu Diskriminierung aufgrund von Rasse, Hautfarbe, Herkunft, Nationalität und Ethnie in den meisten Bereichen des privaten und öffentlichen Lebens.

¹ http://www.ekr.admin.ch/pdf/5__ECRI_Bericht_ueber_die_Schweiz.pdf

http://www.humanrights.ch/upload/pdf/140225_CERD_C_CHE_CO_7-9_16557_E.pdf

² http://www.network-racism.ch/cms/upload/pdf/150617_Rassismus_D.pdf

³ <http://www.mipex.eu/>

- a) Sammelt die Stadt Bern Daten zu ihr bekannten Fällen? Wenn Ja, wo können diese eingesehen werden?
- b) Setzt sich die Stadt dafür ein, dass eine national einheitliche Dokumentationspraxis umgesetzt wird? Wenn Ja: mit welchen Mitteln? Wenn Nein: warum nicht?

2. Verwaltungsintern

- 2.1 Wie oft informiert das KI (Kompetenzzentrum Integration) Mitarbeitende der Stadt über Rassismus und Diskriminierung (Massnahme 3 aus Integration konkret 2014-2017) und wie wird sichergestellt, dass alle Mitarbeitende erreicht werden und sie die Informationen auch in der Praxis umsetzen?
- 2.2 Sind weitere Massnahmen in der Stadt Bern installiert, um das städtische Personal, welches beruflich in Kontakt mit Menschen ist, genügend zu Phänomenen wie rassistischer Diskriminierung und Racial Profiling zu sensibilisieren?
- 2.3 Welche Werkzeuge stehen den städtischen Angestellten zur Verfügung (für Bewerbungsgespräche, Wohnungsvergaben, bei Bildungsangeboten etc.) (Erwähnung in 10-Pkt. Plan)?
- 2.4 Wie erfolgt die Überprüfung der Wirksamkeit der installierten Massnahmen?
- 2.5 Welches sind mögliche Konsequenzen für städtische Angestellte, wenn sich herausstellt, dass sie Menschen aufgrund ihrer Rasse, Hautfarbe, Herkunft, Nationalität oder Ethnie diskriminieren?

3. Mit der Kantonspolizei als einer Vertragspartnerin der Stadt Bern:

- 3.1. Wie stellt die Stadt Bern sicher, dass in Bern keine PolizistInnen im Dienst sind, welche ungenügend zu diesem Thema sensibilisiert sind?
- 3.2. Was unternimmt der Gemeinderat, wenn Vorfälle von Racial Profiling durch die Polizei auf städtischem Gebiet vorkommen?
- 3.3. Welche Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, um Massnahmen zu ergreifen, welche bis zur Umsetzung der Empfehlung „Die Behörden sollen des Weiteren Gesetze verabschieden, die sicherstellen, dass polizeiliche Massnahmen auf einem begründeten Verdacht beruhen (S.10)“ von ECRI auf nationaler Ebene die Situation verbessern könnte?
 - a) Welche Massnahmen können über die Ausführungen im Leistungsvertrag ergriffen werden?
 - b) Welche Massnahmen können mit neuen Klauseln im Leistungsvertrag aufgenommen werden?
 - c) Was sieht der Gemeinderat an anderen Möglichkeiten, welche zu mehr Ergebnissen als Absichtserklärungen führen?
- 3.4. Die ECRI empfiehlt ebenfalls, dass es zur Stärkung des Opferschutzes eine Beschwerdemöglichkeit für rassistisch motiviertes Fehlverhalten seitens der Polizei benötige (5.31). Der Gemeinderat hat sich ebenfalls schon unzählige Male für eine Ombudsstelle auf kantonaler Ebene ausgesprochen. Da deren Umsetzung in weiter Ferne zu sein scheint, stellt sich hier die Frage:
Was sieht der Gemeinderat für andere Meldestellen, welche diesen Part sinnvoll und v.a. für die Betroffenen gewinnbringend übernehmen könnten? Falls es keine solche Stelle gibt: sieht der Gemeinderat Handlungsbedarf, diesen Auftrag für Vorfälle auf städtischem Gebiet jemandem zu erteilen?
- 3.5. Eine weitere Empfehlung der ECRI ist, dass Polizeikräfte verpflichtet sind, ihre Dienstnummer zu zeigen und einen polizeilichen Bericht über jede polizeiliche Zwangsmassnahme zu verfassen.
 - a) Wie setzt sich der Gemeinderat dafür ein, dass diese Empfehlung von der Kantonspolizei umgesetzt wird, wenn sie auf städtischem Gebiet im Einsatz sind
 - b) Hat der Gemeinderat die Möglichkeit, dies zu überprüfen?

Dieser Vorstoss wurde verfasst von Christa Ammann.

Die AL Bern versteht sich als basisdemokratischer Zusammenschluss, deren gewählte Person in Delegierten-Funktion die Anliegen von anderen ihr nahestehenden Gruppen, Einzelpersonen und nicht-parlamentarisch-aktiven AL-Menschen ins Parlament trägt. Im Sinne der Transparenz und um der Personenfixierung auf die parlamentarische Vertretung entgegenzuwirken, wird deshalb der Name des/der VerfasserInnen auf dem Vorstoss erwähnt (ausser die UrheberInnen wünschen explizit, dass dies nicht so sein soll).

Bern, 18. Juni 2015

Erstunterzeichnende: Christa Ammann

Mitunterzeichnende: Luzius Theiler, Daniel Egloff, Mess Barry